

16. März 2012 12:11 Uhr

DISKUSSION

Ignorieren hilft nicht

SPD-Abgeordnete warnen vor den Gefahren des Rechtsextremismus *Von Peter Stöbich*

 F Empfehlen

 Tweet

 +1



„Und in Bobingen gehen wir gemeinsam durch die Stadt und kratzen Neonazi-Aufkleber von den Wänden.“ Reinhold Lenski

Mering Dass es Rechtsextremismus nicht nur in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern gibt, sondern auch in der Gemeinde Mering, das haben unliebsame Zwischenfälle in den vergangenen Jahren gezeigt (wir berichteten). Bei einem Informationsabend in der Schlossmühle beschäftigten sich SPD-Politiker jetzt mit der Frage, wie sich verhindern lässt, dass junge Menschen in den Bann dieser menschenverachtenden Ideologie geraten.

Die Bundestagsabgeordneten Gabriele Fograscher und Heinz Paula betonten, dass Politik allein wenig gegen Extremismus ausrichten könne: „Alle Bürger sind gefragt – ignorieren hilft nicht!“ Dass die Meringer keineswegs wegschauen, sondern sich tatkräftig gegen Auswüchse einsetzen, machte Bürgermeister Hans-Dieter Kandler deutlich, der die Arbeit des Aktionsbündnisses „Mering ist bunt“ lobte.

„Obwohl auch in unserer Region viele Gruppierungen und Einzelpersonen gegen Rechtsextremismus eintreten, müssen wir feststellen: In unserer Gesellschaft

wurde die Gefahr in den vergangenen Jahren heruntergespielt“, sagte Paula. Dem Gedenken an die Mordopfer des Zwickauer Netzwerks müsse nun das Nachdenken darüber folgen, was jeder Einzelne von uns im Alltag tun könne.

Als Beispiel nannte Klaus Schultz von der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau gewaltfreie Sitzblockaden, um Neonazi-Aufmärsche zu stören. Wichtig sei außerdem, junge Leute anzusprechen und aufzuklären.

„Null Toleranz gegenüber Extremisten“, forderte Fograscher; man dürfe das Thema keinesfalls verharmlosen, weil die autonome Szene sehr gewaltbereit sei. Ihre Mitglieder versuchten, unter dem Deckmantel des Biedermanns Einfluss zu gewinnen und hätten sich mittlerweile an alle gängigen Jugendkulturen angepasst.

Die Abgeordnete wies auf das Internet hin, in dem man viele Gegenstrategien und Programme finden könne. Zwar könne ein NPD-Verbot nicht die Einstellung in den Köpfen der Mitglieder ändern, der Partei aber die finanzielle Grundlage entziehen.

In der Diskussion unterstrich Reinhold Lenski unter anderem, dass die Informationsarbeit an Schulen sehr wichtig sei. „Und in Bobingen gehen wir gemeinsam durch die Stadt und kratzen Neonazi-Aufkleber von den Wänden.“

[Testen Sie jetzt unser e-Paper. 30 Tage kostenlos.](#)